

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 7

Artikel: Westdeutschland 1950
Autor: F.M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336478>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

vergessen lassen, so läßt sich doch *eine* Wertung nicht umgehen, die nämlich nach der gesellschaftlichen Bedeutung einer menschlichen Haltung:

Vom völlig unbefangenen, gleichsam übermenschlichen Standpunkt aus ist weder der Mensch höher zu werten, der seinen Mitmenschen hilfsbereit-kameradschaftlich verbunden ist, noch der andere, der sich als Herr und berechtigt fühlt, sich von andern dienen zu lassen. Ganz anders, wenn wir als Sozialisten beide Menschentypen in der heutigen Gesellschaft betrachten. So gesehen, erscheint uns der Hilfsbereite als wertvolles, der Herrische als schädliches Glied unserer Gemeinschaft. Wir werden uns mit den Hilfsbereiten solidarisieren und versuchen, die Herrischen zurückzubinden. Gewiß hindern wir sie damit an der freien Entfaltung der in ihnen liegenden Anlagen und Fähigkeiten. Aber wir anerkennen die freie Entfaltung dieser Fähigkeiten nur, soweit sie nicht zur Verknechtung anderer Menschen führen. Das ist der letzte Ausdruck sozialistischer Ethik, die damit offen als menschlich begrenzt charakterisiert wird und ganz bewußt auf absolute, übermenschliche Geltung verzichtet.

Diese Beschränkung mag weder Marx und Engels vorgeschwebt haben, als sie das Kommunistische Manifest mit seiner Vision von der klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft formulierten, noch wird es die Enthusiasten unter uns befriedigen, die von der sozialistischen Bewegung die Vollendung der Welt erwarten. Aber es gibt keine Vollendung der Welt. Sie ist ewig im Werden und im Wandeln begriffen. Wir wollen uns weder im Grübeln um ihren letzten Sinn verlieren, noch sie so klein machen, daß sie uns voll faßbar erscheint. Wir wollen lediglich eintreten für die Sendung, die unserer Zeit aufgegeben ist und die wir in der Verwirklichung einer brüderlichen Gemeinschaft aller Menschen erblicken.

Westdeutschland 1950

Es ist erstaunlich, wie völlig gleichgültig die Deutschen die doch immerhin für sie wichtigen europäischen Entscheidungen beiseiteschieben. Beitritt zum Europarat? Schuman-Plan? Man muß schon außerordentlich politisierte Menschen treffen, um überhaupt eine Meinung zu hören. Und diese Meinung ist dann in 90 von 100 Fällen die der jeweiligen Parteileitung. Groß ist die Furcht vor dem Krieg. Daher auch bei der Mehrheit die Abneigung gegen eine Wiederaufrüstung. Beides ist aber ausschließlich ge-

fühlsbegründet und würde bei einer ausbrechenden Panik sich sogleich ins Gegenteil umkehren. Eine solche aber ist leicht zu erzeugen, vor allem, weil eine gänzliche Unwissenheit über die Tatbestände in Vergangenheit und Gegenwart die Menschen jeder Propaganda ausliefert wie den Flugsand dem Winde.

Die Zeitungen tragen das ihre dazu bei, indem sie grundsätzliche Diskussionen und eingehende Tatsachenberichte ängstlich vermeiden. Hitlers Grundsatz, man müsse sich dem Verständnis und den Wünschen des jeweils Unbegabtesten anpassen, wird gewissenhaft befolgt. Und die schon von alters her große Abneigung, eine Überzeugung auszusprechen, ist durch die Nazierziehung und danach durch die Besetzungsmächte ins Ungemessene gewachsen. Sport, Film, Sensationchen von Tagesbeliebtheiten (zu denen auch deutsche Generäle zählen), Mode und Serien recht schwerfälliger Witze nehmen den meisten Platz ein und werden auch wohl vor allem gesucht. Der Rest ist Propaganda (antirussische, nationalistische und, versteckt, antifranzösische, -britische und -amerikanische), untermischt mit sehr wenigen Auslands- und ausgiebigeren politisch gesiebten Inlandnachrichten.

Ob den Deutschen diese Kost behagt, weiß ich nicht und bezweifle es. Die Sache liegt so, daß nicht nur die Weimarer und die Hitlerzeit in uns allen die Überzeugung gefestigt hat, daß jede Aktivität nutzlos, jede Stellungnahme gefährlich sei, daß man, um sich um allgemeine Fragen zu kümmern, entweder ein Riesenrindvieh sein müsse oder persönliche Zwecke verfolge — saubere oder wahrscheinlicher unsaubere.

Das vor fünf — ja noch vor zwei Jahren vorhandene hoffnungsvolle und bange Interesse ist verschwunden und einem Fatalismus gewichen, der sich nur um die allernächst liegenden Dinge kümmert: Was bezahlen wir für unser Essen, Trinken, Wohnen, Kleiden, und wie bringen wir's zu besser bezahlter Arbeit, größerem Profit, zu Kapital oder auch zu dem heute für Zahlungskräftige möglichen vergnüglichen oder Luxusleben. «Hoppla, wir leben!» hieß ein Tollersches Drama der zwanziger Jahre. Das würde auch heute die Devise sein, wenn nicht die Not dem entgegenstünde. Die zwei Millionen Arbeitslosen haben sich in dem Sommermonat nur um ein geringes vermindert. Am schlimmsten ist die Not der Jugendlichen, vor allem der Schulentlassenen. Und viele Schulverwaltungen haben bereits das neunte Schuljahr als Notbehelf eingeführt, um den Arbeitsmarkt zu entlasten. Ein schlechter Behelf, da es durchweg an Räumen, Lehrmitteln, Lehrern und selbst an Lehrplänen fehlt. So werden viele Jungen dieses Jahr nur als eine raffinierte Freiheitsberaubung erleben.

Wie die Stimmung ist, gibt am besten ein kleines «Eingesandt» des Hamburger «Echos» vom 5. Juni:

«Der Freitag ist ein trauriger Tag. Wenn Lohnzahlung ist, sieht der Arbeiter, welches elende Dasein er hat. 45 Mark drückt man ihm in die Hand. Nun kommen die Berechnungen: Miete 10 Mark, Gas und Elektrisch 2,50 Mark, Radio 50 Pfennig, die Zeitung 85 Pfennig, Kohlen 3 Mark, macht 17 Mark. Vom Rest sollen drei Personen die Woche leben! Tabak und Fahrgeld gehen zuvor noch ab. Es ist nicht nötig, weiter zu rechnen. Die Frau müßte ein Künstler sein, wenn sie am nächsten Freitag keine Schulden gemacht hätte. Sonntags mag man nicht mehr fortgehen. Die Hose ist schlecht, er müßte einen neuen Anzug haben. Wenn er, von seiner Arbeitsstätte kommend, durch die Stadt geht, kann er nur die Menschen staunend betrachten: Neue Hüte, neue Kleider. Auch die Frau brauchte ein neues Kleid und der Junge einen Anzug. Manchmal möchte man die Karre einfach stehenlassen und fortgehen. *Es hat alles keinen Sinn. Das ist die Tretmühle des Arbeiters: schuften, schuften, essen, schlafen, eine Pfeife Tabak und dann aus.*» (Kursiv von mir.)

Er hat auch keine Hoffnung, daß es besser wird. Wie war es im Kriege? Draußen hat er gelegen, im Lehmloch, hinter seinem Maschinengewehr. Andere saßen im Kasino. Zu Hause konnten die Frau und das Kind keine Nacht ruhig schlafen, bis die Decke im Keller über ihnen zusammenbrach. Dann sind sie geflohen. Und heute stehen sie wieder unten. «Du kannst ja gehen», sagt der Chef, «wenn du nicht für das Geld arbeiten willst. Es warten andere, mit Freuden nehmen sie die Stelle an.»

Auf dieser Basis des mühseligen, auf der andern Seite völlig rücksichtslos geführten Existenzkampfes haben sich die alten Mächte, die Deutschland im Kaiserreich und später in der Weimarer Zeit beherrschten, sehr solid wieder installiert, obenan die große Industrie und die katholische Kirche, deren Allianz enger als jemals ist. Die protestantische Kirche fungiert mit seltenen Ausnahmen als ihr getreuer Satellit. Die Bonner Regierung ist ihr Repräsentant, Adenauers intransigente Haltung gegenüber der Sozialdemokratie entspricht sowohl seinem Auftrag wie seiner persönlichen Neigung. Kompliziert wird diese Haltung einzig dadurch, daß großkapitalistische und klerikale Reaktion selbst mit der bereitwillig gegebenen Hilfe der Besetzungsbehörden — nicht nur der amerikanischen — allein zu schwach sind, daß sich also Adenauer auf die weiter rechtsstehenden Parteien stützen muß, zu denen nicht das sozial infizierte Zentrum gehört, um so ausgesprochener aber die sogenannten Demokraten. Der Reichspräsident, süddeutscher Bonhomme mit Witz, Liebenswürdigkeit, sehr gewandt und anpassungsfähig, ist eine gute, aber irreführende Reklamefigur. Was dahinter steht, ist von Blücher bis Hedler eine sture Ablehnung jeder wirtschaftlichen und sozialen Reform, der harte «Herr-im-Haus»-Standpunkt des primitivsten Unternehmertums und eines verschieden abgestuf-

ten Chauvinismus, beginnend mit Adenauers Deutschlandlied-Propaganda (die bereitesten Boden findet) und endend mit offen nationalsozialistischer Haltung. Gerade diese am weitesten Rechtsstehenden besitzen eine ungemeine Aktivität und jene Unverfrorenheit, die das Gefühl völliger Sicherheit gibt.

In diesen fünf Jahren sind im Zug der Demokratisierung und der Entnazifizierung in allen öffentlichen und einflußreichen Stellen die offenen Pgs und die — oft viel gefährlicheren — parteilosen Nutznießer des Nationalsozialismus wieder sicher installiert und arbeiten mit erhöhter Intensität.

Jetzt rächt es sich, daß man nach dem Zusammenbruch — aus sehr dunklen Motiven — versäumt hat, Hitlers Regime dem Tatbestand entsprechend als ungesetzlich, alle seine Maßnahmen als unverbindlich und den Widerstand dagegen als gesetzliche Notwehr zu erklären. Weil dieser Schritt nicht erfolgte, wütet der Nazismus weiter in dem geschwächten sozialen Körper Deutschlands und hat ihn völlig durchsetzt.

Vor mir liegt ein Gerichtsurteil aus dem — sozialdemokratischen — Hamburg von Anfang Juni (Hamburger «Echo», 5. Juni 1950) :

«Das Schwurgericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor *Monich* verhandelte zwei Tage lang gegen den 53jährigen August *Milz* und den 60 Jahre alten Otto *Schulze*.

Es drehte sich dabei um folgenden Sachverhalt: Der Ortsgruppenleiter Milz, alter Kämpfer und SA-Sturmabteilführer «ehrenhalber», war Amtsvorsteher in Danzig-Praust. Am 13. Juni 1936 verhaftete er die Teilnehmer einer Vorstandssitzung des SPD-Ortsvereins — angeblich auf Weisung des Danziger Polizeipräsidenten —, obwohl die SPD zu jenem Zeitpunkt im Freistaat Danzig noch nicht verboten war.

Am nächsten Tag erschien die SA, drang in das Gemeindeamt ein, wo die Festgenommenen verwahrt wurden, und mißhandelte sie auf das schwerste, darunter den betagten Volkstagspräsidenten *Spill*. Bei diesem Unternehmen tat sich der Angeklagte Schulze, damals SA-Truppenführer, besonders hervor. Nach der Darstellung eines Zeugen gab sich Amtsvorsteher Milz bei dem Überfall den Anschein, als wäre er von der SA überwältigt worden und so außerstande gewesen, die Festgenommenen zu schützen.

Milz wird aber weiter zur Last gelegt, die Inhaftierten zum Teil bei der Vernehmung geschlagen und zur Protokollunterzeichnung gezwungen zu haben.

Der Staatsanwalt beantragte gegen beide Angeklagten fünfzehn Monate Zuchthaus.

Das Schwurgericht war jedoch anderer Meinung. Es verurteilte zwar Schulze wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu acht Monaten Gefäng-

nis, stellte aber gegen den Angeklagten Milz das Verfahren ein, und zwar — infolge Verjährung seiner Straftat.

Dabei argumentierte das Gericht so: Die Mißhandelten hätten schon 1936 Strafanzeige erstattet — das Verfahren wäre aber damals von der Danziger Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Dem seinerzeitigen Einstellungsbescheid sei zu entnehmen, daß nur «sachliche Gründe, die mit Politik nichts zu tun haben», maßgeblich gewesen wären. Da somit die Ahndung jener Straftaten nicht aus politischen Erwägungen unterblieben sei, entfielen die Möglichkeit, die Strafverfolgung nachzuholen, zumal die Faustschläge, die Milz einem der Inhaftierten versetzt habe, keine Unmenschlichkeit im Sinne des Kontrollratsgesetzes bedeuteten.» (Kursiv von mir.)

Wir sind also so weit, daß die Erklärungen von Nazigerichten über «sachliche Gründe» — von Mißhandlungen — warum nicht auch von Morden? — ohne weiteres als gültig übernommen werden, daß die heutigen deutschen Gerichte personell und sachlich nichts anderes sind als die Fortsetzung der alten Nazigerichte. In der Schule ist es kaum anders. Vor kurzem kam im staatsbürgerlichen Unterricht eines pädagogischen Institutes die Hinrichtung der Geschwister Scholl in München zur Sprache. Ein Teil der Studenten erklärte sie als gesetzlich, rechtlich einwandfrei und notwendig. Erst wenn man weiß, wie gering der Mut zu eigener Überzeugung allgemein ist, versteht man, wie völlig hier die Untertanengesinnung gegenüber der Gewalt, die Unfähigkeit, echte Gesetzlichkeit von usurpierter zu unterscheiden, vorherrschen, und endlich, wie gänzlich diese Kreise noch dem alten Chauvinismus verhaftet sind, der vermeintliche Macht und vermeintlichen Vorteil Deutschlands als hinreichende Basis für Recht und Moral ansieht.

Diese unerhört radikale Rechtsentwicklung wird unterstützt durch die ausgesprochene Rußland- und Kommunistenpanik. Es ist möglich, daß sich auch dadurch, wenigstens zum Teil, die sonst völlig unverständliche Haltung der Westalliierten erklärt: ein Wiederaufleben der alten Vorstellung, daß ein möglichst reaktionäres und chauvinistisches Deutschland ein sicherer Vorposten gegen Rußland sei. Rußlands Politik in der Ostzone ebenso wie die wirklichkeitsfremde und unpsychologische — übrigens auch unehrliche Propaganda der deutschen Kommunisten haben, soweit ich beobachten kann, jedes Anwachsen des Kommunismus im Westen unmöglich gemacht. Soweit das Millionenheer der «Erniedrigten und Beleidigten» der von Arbeitslosigkeit bedrohten, unterbezahlten Arbeiter, der Heimatlosen, Kriegsgeschädigten, Kleinrentner, diese graue und scheinbar hilflose Masse, mit der man nach Gutdünken der großen Herren von Wirtschaft und Politik verfährt, soweit diese Ungezählten und Dumpfen nicht fest und von alters her in den alten großen Parteien fest-

gehalten sind, sind sie heute Flugsand. Aber irgendein Wind aus irgendeiner Richtung, irgendein «Trommler» oder Charlatan, hinter dem eine wirtschaftliche Macht oder ein politischer Wille steht, kann sie interessieren in jeder, aber wirklich in jeder politischen Richtung.

Die Haltung der beiden großen politischen Gegenspieler ist klar: Die CDU will die Wiederherstellung eines mächtigen, womöglich in Europa führenden hochkapitalistischen und konservativ-klerikalen Deutschlands mit Unterstützung der schon bisher so bereitwilligen Westmächte. Die SPD will ebenso die Wiederherstellung der alten Macht und Einheit in möglichst weitgezogenen Grenzen, aber als sozialen Wohlfahrtsstaat. Und darum sucht sie Anschluß an die europäischen Sozialisten. Bisher ist ihr Erfolg geringer als der aller reaktionären Kräfte. Antirussisch sind beide, die SPD wohl mit etwas schärferem Akzent. Aber es scheint nicht, daß sie einen Krieg mit Rußland, diese totale Katastrophe, einkalkulieren. Der innere Machtkampf läßt dazu offenkundig keine Zeit und keine Besinnung. Europas Einigung, von beiden formal begehrt, ist beiden eine Karte im Spiel. Und so kommt es, daß die großen und menschheitsentscheidenden Fragen kaum in das Bewußtsein des Volkes treten, das von Tag zu Tag sich durchschlägt und das mitgehen wird mit derjenigen sozialen oder antisozialen, freiheitlichen oder autoritären, friedensnahen oder gewaltsamen Richtung, die sich außerhalb Deutschlands durchsetzt. Es wird politisch ein Stein — ein gewichtiger — im Spiel der Erfolgreichen sein, und seine Politiker glauben ihr eigenes Spiel zu spielen. Zurzeit ist diese Aussicht eine sehr dunkle. — Welche Gegenkräfte vielleicht ins Spiel kommen können, mag ein nächster Artikel zeigen. F. M.

ALFRED JOACHIM FISCHER

Der Kamalismus — und was von ihm übrigblieb

In ihrem ganzen Aufbau, militärisch und wirtschaftlich, ist die Türkei als östlicher Eckpfeiler des westlichen Verteidigungssystems auf amerikanische Hilfe angewiesen. Präsident Truman muß diese Hilfe dem Senat immer wieder schmackhaft machen. Mehrfach erklärte er, die USA-Hilfe ermögliche der Türkei einen Ausbau ihrer demokratischen Institutionen.

Wie weit nun ist dieses Land, das zum kleineren Teil auf europäischem und zum größeren auf asiatischem Boden liegt, eine Demokratie im westlichen Sinne? Sein autoritäres System hatte tiefe Wurzeln geschlagen. Schließlich kam ja der auf Mustafa Kemal Atatürks Lehren aufgebaute Kamalismus vier Jahre vor Mussolinis italienischem Faschismus und neun vor Hitlers Nationalsozialismus zur Macht. Aber auch er war nur eine